

Was zeigt dieser Brief? Er zeigt erstens, daß der Schreiber, obwohl er es nicht bemerkt, selbst noch unter dem Einfluß der gegnerischen Ideologie steht.

Zweitens zeigt er, wie auch der erste Brief, daß die führende Rolle unserer Partei anerkannt wird, und vor allem zeigt er, daß die Parteilosen bereits dazu übergehen, eine sehr qualifizierte Kritik zu üben, den Finger auf die Wunde zu legen, entscheidende Fragen anzuschneiden, auch, und gerade dann, wenn wir diese Fragen selbst nicht, oder nicht genügend, anschneiden. In diesem Falle handelt es sich um die Frage des formalen Ansprechens der Menschen, über ihre Köpfe hinweggehend, nicht überzeugend, weil die ideologische Klarheit nicht immer ausreicht, um zu überzeugen, die Wissenschaft anzuwenden, statt sie zu deklamieren.

Sowohl im ersten wie im zweiten Falle strecken uns Menschen die Hand entgegen und möchten, daß wir sie ergreifen, und wenn wir das nicht tun, versuchen sie, uns aufzuzeigen, wie wir es anstellen sollen, damit wir sie ergreifen. Diese Menschen kommen zu der richtigen Erkenntnis, daß ihre Interessen, wenn überhaupt von jemand, nur von uns mit Erfolg vertreten werden können. Sie haben, ohne es zu wissen, Vertrauen zum Marxismus-Leninismus, wenn auch noch nicht immer Vertrauen zu uns. Sie möchten mit uns die Einheitsfront gegen die Kriegspolitik der amerikanischen und deutschen Imperialisten, die Einheitsfront für den Fortschritt bilden und bitten uns, ihnen das zu ermöglichen. Wir haben dafür viele Erscheinungen heute in Westdeutschland, und man braucht keine Worte darüber zu verlieren, daß das besonders wichtig und erfreulich ist. Alle Berichte aus Westdeutschland, die mündlichen wie die schriftlichen, zeigen, daß die Situation der Menschen, die für den Fortschritt kämpfen, heute im Jahre 1951, in Westdeutschland eine gänzlich andere ist, als die Situation der Menschen, die für den Fortschritt in den Jahren 1933, 1934 und 1935 in Deutschland gekämpft haben. Wir wissen, wie isoliert damals jeder illegale war, wie er fürchten mußte, aus dem eigenen Haus, aus der eigenen Wohnung heraus denunziert zu werden. Wer heute beispielsweise gegen das Verbot der Volksbefragung durch die Bonner Regierung handelt, braucht Denunziationen von seiten der Bevölkerung kaum zu fürchten.

Im Gegenteil, die Mitglieder der Ausschüsse im Westen berichten, daß die Bevölkerung sie stützt, häufig sogar eher zu ihnen kommt, als sie selber zur Bevölkerung kommen. Überall zeigt sich, in Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik.

der Hunger nach unserer Argumentation, der Wunsch aufgeklärt zu werden.

Niemals hatte die Friedensbewegung so große Möglichkeiten wie heute, nicht nur im Maßstab der Deutschen Demokratischen Republik, Berlins oder Westdeutschlands, sondern im Maßstab Gesamtdeutschlands.

Wenn wir nun unsere Erfolge diesen Möglichkeiten gegenüberstellen, zeigt sich, daß wir mit den Erfolgen weit hinter den Möglichkeiten Zurückbleiben. Worauf ist das zurückzuführen? Was blockiert uns? Offensichtlich werden wir der neuen Aufgabenstellung in der nationalen Frage noch bei weitem nicht gerecht. Wir sind erst dabei, in sie hineinzuwachsen, während es doch die Lage erfordert, daß wir sie bereits beherrschen. Ein Beispiel hierfür bietet uns gerade jetzt die Auswertung der Erfahrungen aus der Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik.

Aus zahlreichen Orten beschweren sich unsere Genossen, daß bei der Volksbefragung die ganze Last auf ihren Schultern gelegen habe. Gleichzeitig beschweren sich die Angehörigen der bürgerlichen Parteien, daß unsere Genossen sie nicht zur Mitarbeit zugelassen hätten. Unsere Genossen leugnen das auch nicht, ja, sie schildern in vielen Fällen selber, daß sie sich gar nicht erst an die Angehörigen der bürgerlichen Parteien gewandt haben, weil die bürgerlichen Parteien ohne-

hin eine „reaktionäre Masse“ seien, mit der man nichts anfangen könne — was hinsichtlich des Kampfes um den Frieden der Wirklichkeit absolut widerspricht. Diese Genossen haben sich in der Tat aber deshalb nicht an die bürgerlichen Parteien gewandt, weil sie sich nicht sicher waren, daß ihre Kraft für das dann anschließende Argumentieren und Definieren ausreichen würde.

Dieselbe Schwäche zeigen in noch viel größerem Maße die Genossen der KPD. Man könnte fragen, was dieses Zurückweichen bedeutet, Sektierertum oder Opportunismus? Es ist offensichtlich eine Synthese von beiden. Das Ausweichen vor dem Kampf ist Opportunismus, und die Methode des Ausweichens, das sich Abkapseln, ist Sektierertum.

Hier drängt sich übrigens die Erinnerung an eine Bemerkung Stalins auf, der Sektierertum und Opportunismus als Zwillinge oder als die zwei Seiten einer Medaille bezeichnete.

Noch auf eines muß man zu sprechen kommen. Ich glaube, es muß festgestellt werden, daß dieser entscheidende Fehler nicht nur von einzelnen Teilen der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland gemacht wird, wie wir es gern hinstellen, wenn wir zum Beispiel sagen, die KPD weiche zurück, oder die Parteiorganisation in Berlin weicht zurück oder diese oder jene Parteiorganisation in der Deutschen Demokratischen Repu-

Diskussionsrede des Genossen HERBERT WARNKE

Helpen ~~wir~~ *wir* dem westdeutschen Arbeitern bei der **VerVerteidigung** ihrer Grundrechte!

Ich möchte von der wohl wichtigsten Feststellung des Genossen Walter Ulbricht ausgehen, wonach der amerikanische Imperialismus den deutschen Imperialismus wieder aufleben läßt, um ihn zu seinem Hauptverbündeten und Westdeutschland zur Hauptbasis der Kriegsvorbereitung zu machen. Das ist eine Feststellung, die zweifellos auch besonders für die Arbeit der Gewerkschaften wichtig ist.

Walter Ulbricht erklärte weiter, daß die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus als hauptsächlichste imperialistische Macht in Europa auch die westlichen Nachbarvölker Deutschlands, wie Frankreich, Holland, Belgien und andere, gefährdet. Ich glaube, daß diese wichtige Feststellung die große Verantwortung besonders der deutschen Arbeiterklasse hervorhebt, von der aus die Sammlung aller Kräfte unseres Volkes ausgehen muß im

Kampf gegen den amerikanischen und deutschen Imperialismus.

Diese Feststellungen erhöhen die Bedeutung der Beschlüsse der Europäischen Arbeiterkonferenz, die den Willen der europäischen Arbeiterschaft zum Ausdruck brachte, gegen die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus zu kämpfen, und diese Feststellungen erhöhen auch die Bedeutung des Abkommens zwischen der CGT und dem FDGB, das am 15. Juni 1950 geschlossen wurde. Damals war der Schumanplan erst noch im Werden. Aber schon in diesem Abkommen der CGT mit dem FDGB wurde der Schumanplan als ein Instrument der Kriegsvorbereitungen gekennzeichnet, als ein Mittel zur Konzentration der ganzen westeuropäischen Rüstungsindustrie gegen die Sowjetunion und zum Kampf gegen die volksdemokratischen Länder. Schon diese Beschlüsse der Europa-